

---

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 12./13. März 77*

---

<i>Abstimmungsergebnisse</i>	<i>Ja</i>	<i>Nein</i>
Volksbegehren zum Schutz der Schweiz/ 4. Überfremdungsinitiative	492 848	1 183 813
Volksbegehren zur Beschränkung der Einbürgerungen/5. Überfremdungsinitiative	568 583	1 115 501
Initiative zum Staatsvertragsreferendum	351 749	1 153 594
Gegenvorschlag zum Staatsvertragsreferendum	976 839	504 924

Stimmbeteiligung: 44.6%

*Inhalt*

Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 12./13. März 1977 / Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französi- schen Schweiz	2
1. Stimmbeteiligung	3
2. Die Gegner und Befürworter	4
3. Stimmbeteiligung und Abstimmungsresultat	7
4. Die Kenntnis der Vorlagen	8
5. Die Motive der Befürworter und Gegner	10
6. Die Meinungsbildung des Stimmbürgers	12
7. Zusammenfassung der Hauptresultate	17



Zuschriften: Postfach 3158, 8023 Zürich ☎ 01 / 242 12 10

Copyright by GfS und ZfP

Abdruck nicht gestattet mit Ausnahme der Zusammenfassung

## *Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 12./13. März 77*

Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französischen Schweiz

Der folgende Bericht ist das erste Ergebnis einer systematischen Untersuchung über das Stimmverhalten der schweizerischen Bevölkerung an eidgenössischen Abstimmungen. Mit repräsentativen Umfragen, die jeweils in den zwei ersten Wochen nach dem Urnengang durchgeführt werden, versuchen wir abzuklären, wie genau die Stimmbürger die Vorlagen kennen, über die sie zu befinden haben, wie sie sich darüber orientieren und welche Gründe für ihr Ja oder Nein an der Urne ausschlaggebend sind.

In der ersten Analyse geht es um die beiden Überfremdungsinitiativen 4 (Initiative der Republikaner "zum Schutze der Schweiz") und 5 (Initiative der Nationalen Aktion "zur Beschränkung der Einbürgerungen") sowie um das Volksbegehren der NA "gegen die Beschränkung des Stimmrechts bei Staatsverträgen mit dem Ausland" (Staatsvertragsreferendum), mit dem entsprechenden Gegenentwurf der Bundesversammlung. Befragt wurden 683 in der deutschen und französischen Schweiz wohnhafte Stimmbürger, in einer prozentualen Verteilung, die der Bevölkerungsstruktur der Schweiz entspricht.

Jede derartige Umfrage hat mit Fehlerquellen zu rechnen. Es ist immer mit einem gewissen Risiko verbunden, von den Ergebnissen einer Stichprobe auf das Verhalten der gesamten Stimmbürgerschaft zu schliessen. Dazu kommen Schwierigkeiten, die ganz allgemein damit zusammenhängen, dass die Befragten in einer Nachanalyse nicht unbeeinflusst vom Resultat antworten. In der vorliegenden Befragung zeigt sich dies besonders auffallend in Aussagen über angebliche Teilnahme und Entscheidung an der Urne. So haben 56% der Interviewten angegeben, sich an der Abstimmung beteiligt zu haben. Der Wert liegt 11% über der tatsächlichen Stimmbeteiligung von 45%. Damit bleibt er noch im Rahmen eines möglichen Stichprobenfehlers. Hingegen gehen die Aussagen über den materiellen Entscheid an der Urne klar darüber hinaus. Die Befragten, die z.B. angaben, für die vierte Überfremdungsinitiative gestimmt zu haben, machen mit 14% anteilmässig nicht einmal die Hälfte der 29% effektiven Befürworter in der Abstimmung aus. Wir kennen diese Anpassungstendenz an die siegreiche Majorität aus Wahluntersuchungen. Die Anteile an Wählern verlierender Parteien erscheinen in der Befragung regelmässig tiefer als in Wirklichkeit. Im vorliegenden Fall wurde diese Tendenz durch den besonderen Charakter der beiden Überfremdungsinitiativen noch verstärkt. Ganz offensichtlich hat die emotionelle Beurteilung eines emotionalen Problemes ihre Wirkung nicht verfehlt (das Ja als Ausdruck einer xenophoben Grundhaltung!). Zwar ist eine klare Stellungnahme gegen die Ausländer durchaus nicht selten (34% Ja in der Abstimmung über die Einbürgerungsinitiative).

Der Einzelne wagt aber nachher nicht mehr, seine Meinung ausserhalb des anonymen Stimmzettels offen zuzugeben.

Wie sich dieser Befund auf die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage auswirkt, ist je nach Fragestellung verschieden einzuschätzen. Wir sind deshalb vorsichtig in unseren Schlussfolgerungen und beschränken uns nach Möglichkeit auf eindeutige Ergebnisse.

### *1. Die Stimmbeteiligung*

Unsere erste Frage gilt der Stimmbeteiligung. Wir interessieren uns für das unterschiedliche Verhalten einzelner bezeichnender Gruppen der Stimmbürgerschaft. Mit einem statistischen Prüfverfahren (Chi-Quadrat) haben wir abgeklärt, welchen Einfluss politisch aufschlussreiche Merkmale, wie z.B. Alter, Beruf und Parteisympathie auf die effektive Stimmbeteiligung hatten. Von allen geprüften Merkmalen erwies sich nur der Unterschied zwischen Stadt und Land als bedeutungslos. Die für die unterschiedliche Beteiligung wichtigen Merkmale bzw. die dadurch charakterisierten Gruppen der Stimmbürger sind mit der jeweiligen Stimmbeteiligung in Tabelle 1 aufgeführt:

Tabelle 1

In der Interpretation beschränken wir uns darauf zu unterstreichen, welche Merkmalsgruppen vom Durchschnitt auffallend abweichen. Gemessen an ihrem tatsächlichen Anteil an der stimmberechtigten Bevölkerung waren folgende Gruppen an der Abstimmung untervertreten: die Frauen, die jüngeren Stimmbürger, die Westschweizer, die Arbeiter und diejenigen, die sich überhaupt keiner oder keiner der vier grossen Parteien sowie der Nationalen Aktion oder den Republikanern nahefühlten. Überproportional beteiligten sich auf der anderen Seite die Männer, die mittlere Altersklasse, die leitenden Angestellten und Beamten, die Landwirte sowie die Anhänger der FDP und der CVP. Dieses Ergebnis ist keine Überraschung. Entspricht es doch ungefähr der allgemeinen Stimmaktivität dieser Gruppen, wie sie in anderen Partizipationsstudien aufgedeckt wurde. Interessant ist höchstens die kaum überdurchschnittliche Beteiligung der Sympathisanten der NA und der Republikanischen Bewegung, den Parteien also, die für die drei Initiativen verantwortlich zeichneten. Über ein Drittel ihrer Anhänger blieb in dieser für die beiden Parteien doch recht zukunftsbestimmenden Abstimmung zu Hause.

Tabelle 1 "Stimmbeteiligung nach Merkmalsgruppen"

Merkmalsgruppen		Stimmbeteiligung (in %)
Total		56 (effektiv: 45%)
Geschlecht	Mann	64
	Frau	47
Alter	20 - 39 J.	46
	40 - 64 J.	65
	65 - 84 J.	60
Sprachregion	Westschweiz	49
	deutsche Schweiz	58
Beruf	Leitende Angestellte/Beamte und selbständig Erwerbende	68
	Angestellte und Beamte in mittleren Positionen	60
	Untere Angestellte/Beamte	54
	Landwirte	67
	Arbeiter	50
	Übrige (Rentner, Studenten...)	37
Parteisympathie	CVP	66
	FDP	73
	SP	64
	SVP	73
	NA/Rep	59
	Andere Parteien oder keine Parteipräferenz	45

## 2. Die Gegner und Befürworter

Wer aber waren die hauptsächlichen Gegner und Befürworter der vier Vorlagen? Auch die Frage des Ja oder Nein-Entscheidung wurde auf die gleichen Merkmalsgruppen hin geprüft wie bei der Stimmbeteiligung. Als zusätzliches

und in einem umfassenden Sinne aufschlussreiches Merkmal wählten wir ferner dasjenige der politischen Integration. Diese wurde anhand gezielter Fragen geprüft: 1. Regelmässigkeit der Teilnahme an Abstimmungen; 2. Fähigkeit, politische Informationen zu verarbeiten; 3. Einstellung zu den Bundesbehörden und ihrer Politik; 4. Fähigkeit, die Konsequenzen von Ja- oder Nein-Entscheiden bei Abstimmungen abzuschätzen. Die Antworten wurden in einem von Null bis Zehn reichenden Index verwertet. Er erlaubt es, die zunehmende Integration des Bürgers im Staat graduell vom Minimum (Null) bis zum Maximum (Zehn) abzustufen. Dabei sind wir uns bewusst, dass in diesem Index zwei verschiedenartige Einstellungs- und Verhaltensmuster zu wenig differenziert zum Ausdruck kommen können. Einmal kann geringe politische Integration einer bewussten negativen Einstellung gegenüber dem politischen System entsprechen. Sodann kann sie aber auch Ausdruck für ein wenig konkretes, allgemeines Unbehagen sein.

Das Gewicht der Merkmalsgruppen für einen Ja-Nein-Entscheid wurde aufgrund derselben statistischen Tests gemessen wie bei der Stimmbeteiligung. Die bei einer Vorlage relevanten Merkmalsgruppen sind in Tabelle 2 mit einem Stern gekennzeichnet:

Tabelle 2 Das Gewicht einzelner Merkmalsgruppen für den Ja- oder Nein-Entscheid zu den vier Vorlagen

Vorlage	Ge- schlecht	Alter	Sprach- region	Stadt/ Land	Konfes- sion	Beruf	Partei	Polit. Integr.
4. Überfremdungs- initiative						*	*	*
5. Überfremdungs- initiative		*				*	*	*
Staatsvertrags- referendum						*	*	*
Gegenvorschlag							*	*

Wie die Tabelle zeigt, besaßen die Merkmalsgruppen Geschlecht, Konfession und Stadt/Land keinen wesentlichen Einfluss. Die durchschnittlich um etwa 4% tieferen Ja Stimmen-Anteile in der Westschweiz wurden zwar auch in un-



serer Stichprobe ersichtlich. Die Differenzen waren aber zu gering, um statistisch durchzuschlagen. Das Alter der Stimmenden war nur bei der 5. Überfremdungsinitiative von einiger Bedeutung. Hier verzeichnete die mittlere Altersklasse einen klar höheren Anteil an Ja-Stimmen als die jüngeren und die älteren Stimmberechtigten.

Der Beruf, die Parteisympathie sowie das Ausmass der politischen Integration der Stimmenden erwiesen sich hingegen in allen vier Vorlagen als äusserst wichtig für deren Stimmverhalten (Ausnahme: der Beruf beim Gegenvorschlag). Deshalb sind wir in Tabelle 3 diesen drei Merkmalsgruppen genauer nachgegangen:

Tabelle 3 "Der Anteil an Ja-Stimmen zu den vier Vorlagen in den Merkmalsgruppen Beruf, Parteisympathie und politischer Integration"

Merkmalsgruppe	Anteil an Ja-Stimmen in		Staatsver- tragsref.	Gegen- vorschlag
	Überfrem- dungsinit. 4	Überfrem- dungsinit. 5		
Total	14	17	11	80
Beruf:				
Leitende Angestellte/ Beamte (1)	7	6	6	87
Mittlere Angestellte/ Beamte (2)	5	14	6	85
Untere Angestellte/ Beamte	11	13	11	76
Landwirte	30	30	13	87
Arbeiter	23	27	20	73
Parteisympathie:				
CVP	15	20	11	80
FDP	5	6	2	97
SP	12	17	14	78
SVP	11	11	6	91
NA/Republikaner	70	60	56	44
Übrige/Keine	16	19	11	75
Politische Integration				
hoch (Index: 8-10)	6	8	6	87
mittel (Index: 4-7)	16	18	12	79
tief (Index: 0-3)	32	38	30	58

Folgende Gruppen stechen durch ihre Sympathie für die drei Initiativen hervor: Landwirte und Arbeiter, politisch wenig Integrierte und selbstverständlich die Anhänger der beiden Initianten. Allerdings entspricht das Stimmverhalten dieser Gruppe wohl kaum den Erwartungen ihrer Parteileitungen. Sprachen sich doch nur 60% für die 5. Überfremdungsinitiative und bloss etwa die Hälfte für die Staatsvertragsinitiative aus. Leicht überdurchschnittlich ist der Ja Stimmen-Anteil auch bei den Anhängern der CVP, während die Sympathisanten der FDP am deutlichsten verwarfen. Ähnlich wie diese zeigen die höheren Lohnklassen (Berufsgruppen 1 und 2 in Tabelle 3) die geringste Unterstützung für die drei Initiativen.

Eindeutig ist die Beziehung zwischen Abstimmungsverhalten und der politischen Integration. Der Anteil an Ja-Stimmen bei den drei Initiativen bzw. an Nein-Stimmen beim Gegenvorschlag der Bundesversammlung steigt mit der wachsenden Distanz zwischen Bürger und Staat (Integration tief). Im vorliegenden Falle dürfte die Annahme richtig sein, dass emotionsgeladene, gegen Fremdgruppen gerichtete Initiativen gerade von jenen schlecht Integrierten zum Anlass eines Protestverhaltens gewählt werden, welche damit ihr allgemeines Unbehagen zum Ausdruck bringen wollen. Wenn wir den Indexdurchschnitt der Ja-Stimmenden in den Abstimmungen über die drei Initiativen miteinander vergleichen, so zeigt sich denn auch ein klar tieferer Wert bei den beiden Überfremdungsinitiativen (5,2), verglichen mit dem "Staatsvertragsreferendum" (5,6), das weniger emotionalen Charakter hatte. Dass eine derartige Reaktion bei bestimmten Schichten der Bevölkerung eher auftritt als bei anderen, kann nicht verwundern. Der hohe Anteil an Ja-Stimmen bei den politisch wenig Integrierten entspricht der überdurchschnittlichen Befürwortung durch die Arbeiter.

### *3. Stimmbeteiligung und Abstimmungsresultat*

Diejenigen Befragten, die angaben, an der betreffenden Abstimmung nicht teilgenommen zu haben, hatten sich trotzdem darüber zu äussern, welches ihre Stellungnahme an der Urne gewesen wäre. Der Anteil an verweigerten Antworten, bzw. an Befragten, die sich nicht im Nachhinein für ein Ja oder Nein entscheiden konnten, ist aber derart hoch (zwischen 30% und 78%, je nach Vorlage), dass aus ihren Stellungnahmen kein Schluss gezogen werden kann, ob sich bei einer höheren Stimmbeteiligung das Abstimmungsresultat verändert hätte.

Trotzdem erhalten wir interessante Hinweise auf die Beziehung zwischen Stimmbeteiligung und Abstimmungsresultat, wenn wir hypothetisch erfassen, wie sich eine stärkere Beteiligung der Gruppen mit niedriger Stimmbeteiligung auf das Resultat ausgewirkt hätte. Untervertreten waren die Frauen, die Jungen, die Westschweizer und diejenigen Stimmbürger, die sich keiner Partei

nahe fühlen. Bei einer stärkeren Beteiligung der Frauen hätte sich der Ja-Stimmen Anteil wahrscheinlich leicht erhöht, bei einer erhöhten Stimmaktivität der Jungen und der Westschweizer hingegen leicht gesenkt. In beiden Fällen wäre es aber kaum zu resultatsmässigen Erdrutschen gekommen. Weitertragende Folgen hätte hingegen eine höhere Beteiligung der Arbeiter, der politisch keiner Partei Verpflichteten sowie ganz allgemein der politisch wenig Integrierten haben können. Von den 153 minimal Integrierten gingen nur 40 oder ganze 26% an die Urnen. Hätte sich die Zahl dieser potentiellen Stimmenthalter massiv erhöht, wie das in den Abstimmungen über die Überfremdungsinitiativen 2 und 3 der Fall gewesen sein musste, so hätte sich deren deutlich positivere Haltung zu den drei Initiativen doch klarer im Abstimmungsresultat widerspiegelt.

#### *4. Die Kenntnis der Vorlagen*

Verschiedene unserer Fragen liefern Hinweise darauf, wie gut oder schlecht die Stimmbürger die einzelnen Vorlagen überhaupt kannten, über die sie abzustimmen hatten. Das Ergebnis ist erstaunlich. Während die Stimmbürger über den Inhalt der beiden Überfremdungsinitiativen noch einigermaßen Bescheid wussten, wurden sie mit dem Problem des Staatsvertragsreferendums ganz offensichtlich überfordert. Obwohl unsere Interviews in den zwei Wochen nach dem Abstimmungssonntag durchgeführt wurden, konnten sich in einer einleitenden Frage nach den vier Themen des letzten Urnenganges zwar 90% bzw. 85% der Befragten an die beiden Überfremdungsinitiativen erinnern, nur noch 55% aber an die Staatsvertragsinitiative und den entsprechenden Gegenvorschlag. Noch klarer sprechen die Antworten auf die Aufforderung, kurz zu beschreiben, was in den jeweiligen Vorlagen vorgeschlagen wurde. Wir haben in der folgenden Tabelle 4 für jede der vier Vorlagen Antwortkategorien nach der Qualität der Umschreibung einer Vorlage ausgeschieden. In der Kategorie "gute/sehr gute Kenntnisse" kannten die Befragten die wichtigste Forderung relativ genau (also z.B. "Reduzierung des Ausländerbestandes auf ca. 600 000"). In der zweiten Kategorie wurde die Vorlage so hinreichend umschrieben, dass gegenständliche Verwechslungen ausgeschlossen werden konnten (z.B. "Herabsetzung des Ausländerbestandes"). In der dritten Kategorie wurden die Befragten zusammengefasst, die falsch antworteten, und in der vierten diejenigen, die keine Angaben machen konnten:

Nur etwa 1/6 aller Stimmbürger scheint generell in der Lage, eidgenössische Abstimmungsvorlagen einigermaßen klar zu umschreiben. Bei den beiden Überfremdungsinitiativen wusste darüber hinaus mindestens noch die Hälfte, um was es eigentlich ging. Hingegen haben 2/3 der Stimmberechtigten die Intentionen der Staatsvertragsinitiative und des entsprechenden Gegenvorschlages wohl kaum richtig begriffen. Dabei liegt diese Zahl bei einzelnen Be-



Tabelle 4 Kenntnis der vier Vorlagen

Kenntnisstand	Überfremdungsinitiative		Staats- vertragsref.	Gegen vorschlag
	4	5		
Gute/sehr gute Kenntnis	16	16	17	16
"Verwechslungssichere" Kenntnis	54	50	11	5
Falsche Umschreibung	12	6	7	7
Keine Umschreibung möglich	18	28	66	72
Total	100	100	100	100

völkerungsgruppen noch bedeutend höher. So konnten 79% der Frauen und der Westschweizer, 86% der Landwirte, 78% der Arbeiter und 89% der Befragten des unteren Drittels unseres Integrationsindex die beiden aussenpolitischen Vorlagen nicht einmal andeutungsweise umschreiben.

Man mag sich damit trösten, dass viele Stimmbürger das Problem der Erweiterung des Referendumsrechtes bei Staatsverträgen als wenig bedeutend erachteten und sich deshalb auch wenig um die Vorlage kümmerten. Nun ist Desinteresse aber immer auch ein Resultat mangelnder Information. Interesse wird dann erweckt, wenn der Einzelne die Auswirkungen eines Ja oder Nein auf seine Person erkennt, bzw. in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Informationen und seiner Ausbildung zu erkennen vermag. Dass dies im Falle der Staatsvertragsinitiative besonders schwierig war, zeigen die Antworten auf zwei weitere Fragen. 44% der Befragten erklärten, im allgemeinen keine allzu grosse Mühe zu haben, sich über eine Vorlage genügend zu informieren. Für die beiden Überfremdungsinitiativen steigt dieser Anteil auf über 60%. Bei den beiden anderen Vorlagen äusserten sich aber nur gerade 35% im gleichen Sinne (Frauen 23%, Arbeiter 25%). Entsprechend unwichtig erschienen den Befragten denn auch die Auswirkungen eines Ja oder Nein in den beiden aussenpolitischen Vorlagen. Auf einer Zehnerskala mit der Ziffer 10 für eine "sehr grosse/starke Auswirkung" und der Ziffer 1 für eine "sehr kleine/schwache Auswirkung" war anzugeben, als wie gross man Auswirkungen eidgenössischer Abstimmungen im allgemeinen und der vier Vorlagen im speziellen für seine eigene Person empfinde. Für Abstimmungen im allgemeinen ergibt sich ein in diesem Ausmass überraschend tiefer Wert von 3,7. Für die Staatsvertragsinitiative und den Gegenvorschlag sinkt dieser Betroffenenindex aber gar auf

3,0 bzw. 3,2, während er für die Überfremdungsinitiativen doch leicht über dem Mittelwert liegt (3,1 bzw. 3,8).

Die Kombination sehr verschiedenartiger Abstimmungsgegenstände in einem einzigen Urnengang führt dazu, dass bei wenig umstrittenen und materiell komplexen Vorlagen trotz äusserst geringem Kenntnisstand Entscheide gefällt werden. So entschieden von den 281 befragten Stimmbürgern, die sich an der Urne zum "Staatsvertragsreferendum" äusserten, 141 oder mehr als die Hälfte auf der Basis von falschen oder gar nicht vorhandenen Kenntnissen.

### *5. Die Motive der Befürworter und Gegner*

Nachdem wir abzuklären versucht haben, "wer", mit welcher Beteiligung und aufgrund welcher Kenntnisse "wie" gestimmt hat, gilt unsere nächste Frage dem "warum" einer bestimmten Haltung. Die wichtigsten Gründe für die Befürwortung oder die Ablehnung wurden mit Hilfe einer offenen Frage abgeklärt, d.h. ohne dass man den Befragten vorgegebene Antwortkategorien vorlegte. In den spontanen Antworten kommen die wichtigsten Entscheidungsmotive unverfälschter zum Ausdruck als bei geschlossenen Fragen. Dabei wird die Vielfältigkeit reduziert, indem man ähnliche Antworten nach leitenden Dimensionen gruppiert. Wir erstellten für die beiden Hauptgegenstände je eine Tabelle (5, Überfremdung; 6, Staatsvertragsreferendum). Im rechten Teil der Tabellen sind jeweils jene Merkmalsgruppen aufgeführt, die am stärksten vom Durchschnitt abweichen:

Tabelle 5

Als wichtigstes Argument der Befürworter erscheint ein in den Antworten oft recht wenig differenziertes Gefühl der "kulturellen" Überfremdung. Ein Blick auf die hier überproportional vertretenen Merkmalsgruppen untermauert die schon im letzten Kapitel geäusserte Vermutung, dass ein Ja zu den beiden Initiativen nicht nur einer wohl reflektierten Haltung gegenüber den Ausländern entspringt, sondern weitgehend auch als Ausdruck eines allgemeinen gesellschaftlichen Unbehagens zu betrachten ist. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass nur 20% aus wirtschaftlichen Gründen für die 4. Überfremdungsinitiative stimmten und sogar 36% ihr Ja gar nicht begründen konnten.

Die Gegner handelten vornehmlich aus "ethischen" Gründen. Die Initiative erschien ihnen zu radikal, bzw. die damit verbundenen Folgen für die Ausländer als ungerecht, unmenschlich oder gar rassistisch. Viele waren zudem der Ansicht, dass die beiden Initiativen offene Türen einrannten. Wirtschaftliche Gründe äusserten vor allem die Bewohner ländlicher Gegenden.

Interessant ist es, dass man die Motive auf einige wenige Dimensionen kon-

Tabelle 5 Die Motive der Befürworter und Gegner in den beiden Überfremdungsinitiativen

Argument	Üb.fremd. initiative		Merkmalsgruppen	
	4	5	überprop. vertreten	unterprop. vertreten
<i>Befürworter</i>				
Gefühl der kulturellen Überfremdung (Ausländer sind anders)	34	29	Männer Alte Landwirte Arbeiter (5) Geringe pol. Int. (4)	Westschweiz Frauen Junge (5) Obere Lohnkl.
Wirtschaftliche Bedenken Sicherung des Arbeitspl.	20	10	Junge Westschweiz	Alte Obere Lohnklassen
Umweltbelastung (Ökologische Gründe, Geburtenziffer der Ausländer)	4	10	Frauen (5)	
Übrige Gründe	6	15		
Undifferenzierte Befürwortung (Init. war nötig, wichtig...)	20	24		
Ohne Begründung	16	12		
Total	100	100		
<i>Gegner</i>				
Soziale/humanitäre/ ethische Gründe ("unmenschlich", "ungerecht", "rassistisch")	46	34	Frauen (4) CVP, SP (5)	
Initiative war überflüssig (Problem löst sich von selbst, Zwängerei)	20	16		
Schweiz ist/wird nicht überfremdet (Ausländer bringen wertvolle Impulse)	5	16	Westschweiz (5)	
Wirtschaftliche/konjunkt. Gründe (Rezession würde verstärkt)	12	1	Land (4) SP, CVP (4)	Stadt (4) Frauen (4) FDP (4)
Rechtliche/Föderalistische Gr. (Gemeindeautonomie etc.)	0	8		
Übrige Gründe	4	5		
Undifferenzierte Ablehnung	7	9		
Ohne Begründung	6	11		
Total	100	100		

zentrieren kann. Anders ausgedrückt: viele der im Abstimmungskampf von den Befürwortern und Gegnern ins Feld geführte Argumente zeigten scheinbar nur wenig Wirkung. So wurden beispielsweise "politische Gefahren" ("die Schweiz wird unterwandert") nur gerade von 3% der Befragten als Grund für eine Beschränkung der Einbürgerungen angegeben; und nur 2% der Befürworter der 4. Überfremdungsinitiative wiesen auf eine Erhöhung der Infrastrukturkosten (Schulen, Spitäler...) durch die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte hin. Wenig Abstimmungswirkung zeigte auf der anderen Seite auch der Hinweis auf eine Schädigung des Images der Schweiz im Ausland bei einer möglichen Annahme der beiden Initiativen (je 2%). Mit der Ablehnung aus Solidarität mit den Arbeitern aus anderen Nationen (Klassensolidarität) begründete gar nur ein einziger der 289 hier Antwortenden seine Haltung.

Tabelle 6

Am auffallendsten, aber nach dem bisher Gesagten natürlich nicht mehr überraschend, ist der hohe Anteil an "Weiss-Nicht" Antworten. Über die Hälfte der Befürworter der Staatsvertragsinitiative vermögen ihr Ja nicht zu begründen. Ein weiteres Drittel fordert damit ganz grundsätzlich "mehr Rechte für das Volk", ohne sich spezifisch auf den Inhalt der Initiative oder zumindest auf die Aussenpolitik zu beziehen. Die Gegner der Vorlage antworteten etwas präziser und differenzierter. Immerhin fehlten aber auch hier rund einem Drittel der Befragten "die Worte". Interessant ist auch, dass ein im Abstimmungskampf sehr stark in den Vordergrund gerücktes Argument kaum in den Antworten auftaucht. Nur gerade 1% lehnten die Initiative hauptsächlich wegen der rückwirkenden Klausel ab, bzw. weil sie hinter dem Vorstoss der Nationalen Aktion ein Manöver zur Bekämpfung des 1964 abgeschlossenen Italienerabkommens vermuteten. Dem Gegenvorschlag wurde der Vorzug gegeben, weil er den Stimmbürgern massvoller (25%) oder ganz grundsätzlich der Initiative inhaltlich überlegen erschien (35%). 11% nahmen an, weil sie dem dahinter stehenden Verfasser (Bundesrat bzw. Bundesversammlung) mehr Vertrauen schenkten als den Initianten. Von den Ablehnenden konnten 3/4 ihr Nein nicht begründen. Nur 5% lehnten ab, weil ihnen auch der Gegenvorschlag zu weit ging, bzw. weil sie zu viel Demokratie in der Aussenpolitik als gefährlich erachteten.

## *6. Die Meinungsbildung des Stimmbürgers*

Unsere letzte Frage gilt der persönlichen Meinungsbildung des Stimmbürgers. Dabei geht es uns an dieser Stelle weniger um politische Kommunikation im Sinne der relativen Bedeutung einzelner "Politik-machender" Kommunikationsmittel, als vielmehr um die dahinter stehenden politischen Bezugsgruppen der Stimmbürger, d.h. um jene Stellen und Gruppen, auf die sich die Stimmenden in ihrer Meinungsbildung vorzugsweise beziehen.



Tabelle 6 Die Motive der Befürworter und Gegner der Staatsvertragsinitiative

Argument	% der Antworten	Merkmalsgruppen	
		überproportional vertreten	unterproportional vertreten
<i>Befürworter</i>			
Mehr Rechte für das Volk (nicht auf Aussenpolitik bezogen)	29	Frauen Mittlere/untere Angest./Beamte	
Gegen internationale Verflechtung und Verpflichtungen	3		
Übrige Gründe	7		
Undifferenzierte Befürwortung	19		
Ohne Begründung	42		
Total	100		
<i>Gegner</i>			
Bedenken gegen eine zu weitgehende Demokratisierung der Aussenpolitik	16	höhere Lohnklassen	SVP
Grundsätzliche Bedenken gegen einen weiteren Ausbau der direkten Demokratie	14	SP	
Verhältnis Schweiz/Ausland (Vertragsfähigkeit, Image...)	6		
Initiative geht zu weit	9		
Übrige Gründe	7		
Undifferenzierte Ablehnung	18		
Ohne Begründung	30		
Total	100		

In einer Frage mit vorgegebenen Antwortkategorien hatten die Befragten jene politischen Stellen anzugeben, auf die sie, in der Regel und speziell auch für ihren Entscheid zu den vier Vorlagen hören bzw. hörten:

Tabelle 7 Die Bedeutung politischer Bezugsgruppen für die Meinungsbildung des Stimmbürgers

Bezugsgruppe	Allgemein Überfremdungsinit.		Staatsver- tragsref.	Gegen- vorsch.	
	4	5			
(in %, Mehrnennungen möglich)					
Parteien	40	32	31	25	25
Bundesrat, Bundes- versammlung	35	28	28	26	26
Arbeitnehmerorganis. (Gewerkschaften)	7	5	5	3	3
Arbeitgeberorganis. (Industrie/Handel)	4	2	3	1	1
Gewerbliche Organis.	3	2	1	1	1
Bäuerliche Organis.	3	1	1	1	1
Frauenorganisationen	2	—	—	—	—
Anderes	23	26	26	24	24
Weiss nicht	15	22	22	32	32

Als eindeutig wichtigste Bezugsgruppen erscheinen die Parteien und der Bundesrat bzw. die Bundesversammlung. Warum der relativ hohe Anteil von Stimmbürgern, die sich für keine der vorgegebenen Stellen entscheiden konnten? Es dürfte sich wahrscheinlich um solche Befragte handeln, die sich selber als Experten betrachten oder ihren Entscheid durch niemanden beeinflusst sehen wollen. In den Fragen zu den beiden Überfremdungsinitiativen erhöhte sich der Anteil an "Weiss nicht" Antworten gleichmässig auf Kosten sämtlicher wichtiger Bezugsgruppen (von 15% auf je 22%). Bei der Staatsvertragsinitiative hingegen erfolgte die Verschiebung eindeutig zu ungunsten der Parteien (von 15% auf je 32%, Bundesrat als wichtigste Bezugsgruppe). Ein Grund dafür mag sein, dass die Stimmbürger die Diskussionen um das Staatsvertragsreferendum weniger als Auseinandersetzung zwischen einzelnen parteipolitischen Richtungen empfanden. Im Gegensatz zur Überfremdungsfrage lag hier ein behördlicher Gegenvorschlag vor; und dieser vermochte die Position der Bezugsgruppe Bundesrat/Bundesversammlung zu stärken (je 26%).

Mit einer weiteren Frage versuchten wir abzuklären, wie weit die Parteisympathisanten die Abstimmungsparolen "ihrer" Partei kannten. Mit Ausnahme der Initianten hatten sich alle Parteien von Bedeutung gegen die drei Initiativen und für den Gegenvorschlag ausgesprochen. Die Kenntnis der Parolen war diesmal also eher leicht:

Tabelle 8 Kenntnis der Parteiparolen

Partei	Überfremdungsinitiative		Staatsvertrags- referendum	Gegen- vorschlag
	4	5		
(Anteil an richtigen Antworten in %)				
CVP	64	65	56	57
FDP	80	79	67	66
SP	77	76	48	45
SVP	72	71	52	52
Landesring	65	67	44	37
Liberale Partei	42	69	60	43
Evangelische V. Partei	87	92	59	64
PdA (Partei der Arbeit)	65	60	36	39
NA/Republikaner	94	93	64	60

Bei den beiden Überfremdungsinitiativen kannten somit rund 1/3 aller Parteisympathisanten die Abstimmungsparolen ihrer Partei nicht. Am besten informiert zeigen sich die Anhänger der Nationalen Aktion und der Republikanischen Bewegung, der Evangelischen Volkspartei sowie der FDP und der SP, in dieser Reihenfolge. Bei den Staatsvertragsvorlagen erreichte die Abstimmungsparole bei den meisten Parteien nur etwa die Hälfte ihrer Anhänger.

Wenn wir die Parteien aufgrund des Bekanntheitsgrades ihrer Parolen in den vier Vorlagen gesamthaft beurteilen, ergeben sich klar drei Gruppen (Tabelle 9):

Tabelle 9 Klassierung der Parteien aufgrund der Bekanntheit ihrer Abstimmungsparolen bei ihren Anhängern

Bekanntheitsgrad	Parteien
Hoch (70 - 80%)	Nationale Aktion/Republikaner Evangelische Volkspartei FDP
Mittel (60 - 65%)	SVP SP CVP
Tief (weniger als 55%)	Liberale Partei Landesring PdA

Den tatsächlichen Wert ihres Spitzenplatzes hätten die beiden Initianten in für sie "neutraleren" Abstimmungen natürlich noch zu bestätigen. Aussagekräftiger ist hier sicher die gute Placierung der FDP gegenüber den drei anderen Regierungsparteien. Bei der Beurteilung der kleineren Parteien ist hingegen eine gewisse Vorsicht am Platz. Basieren die Resultate doch auf einer äusserst geringen Zahl von Antworten (EVP: 6; PdA: 9).

Der Bekanntheitsgrad der Parteiparolen wirkt sich direkt auf das Abstimmungsverhalten der Parteianhänger aus. Ein Blick zurück auf Tabelle 3 zeigt einen klar geringeren Anteil an "abweichendem" Verhalten bei den Anhängern der FDP, verglichen mit den Sympathisanten der SP, CVP und SVP. Nur für die Anhänger der NA und der Republikaner ergibt sich ein anderes Bild. Nahezu alle Befragten kannten zwar die Parole ihrer Partei, stimmten aber in einzelnen Vorlagen recht massiv dagegen. Das undisziplinierte Verhalten ist also weniger auf Unkenntnis der Parteiparolen zurückzuführen als vielmehr darauf, dass die Sympathisanten bewusst gegen ihre Parteileitung Stellung bezogen.



---

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 12./13. März 77*

*Zusammenfassung der Hauptresultate*

Volksentscheide pflegen entweder wie Schicksalsschläge hingenommen oder als weiser Ratschluss des Souveräns gepriesen zu werden. Dass man den Gründen des Ja und Nein nach geschlagener Schlacht nachgeht, ist besonders im Hinblick auf die Abstimmungen über die *vierte und fünfte Überfremdungsinitiative und das Staatsvertragsreferendum vom vergangenen März* aktuell. Ergaben doch damals vorgängige Meinungsbefragungen eine Mehrheit für die Einbürgerungsinitiative. Die Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung und das Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern haben deshalb in der neuen Untersuchungsreihe VOX die Hintergründe des Ja und Nein nachträglich in einer *repräsentativen Umfrage* untersucht und teilen die wichtigsten Ergebnisse auszugsweise mit.

Die drei Initiativen erzielten in der oben genannten Reihenfolge je einen Ja-Stimmenanteil von rund 29, 34 und 23%. Dass der Anteil der Ja-Stimmenden bei der Befragung bedeutend tiefer lag, lässt darauf schliessen, dass man nicht gerne zugibt, auf der verlierenden Seite gestanden zu haben. Die Aufgliederung der Befragten nach verschiedenen *Merkmalsgruppen* zeigt, dass die Vertreter der unteren sozialen Schichten bedeutend mehr als der Durchschnitt aller Befragten Ja gestimmt haben. Vom Standpunkt der Parteisympathie aus zeigten die Freisinnigen den geringsten (2-6%), Nationale und Republikaner verständlicherweise den grössten Ja-Stimmenanteil. Je stärker man sich in der bestehenden politischen Ordnung eingegliedert oder integriert fühlt, umso geringer der Ja-Stimmen-Anteil. Schlecht Integrierte wiesen 25-30% mehr Ja auf als die am besten Integrierten.

Dass dieses Gefühl mit steigendem *Informationsstand* zunimmt, wirkte sich sowohl auf die Beteiligung wie auf die Stellungnahme aus. Unterscheidet man die Befragten danach, ob sie die Abstimmungsgegenstände nachträglich hinreichend bis sehr gut umschreiben konnten, oder ob sie falsche oder überhaupt keine Vorstellungen davon besaßen, ergibt sich ein auffallender Unterschied zwischen den Überfremdungsinitiativen und dem Staatsvertragsreferendum. Die beiden ersten waren ca. 70% der Befragten genügend bis sehr gut bekannt — offenbar infolge der wiederholten Abstimmungen über diesen Gegenstand. Umgekehrt beim Staatsvertragsreferendum. Seinen Inhalt erklärten 73% falsch oder gar nicht. Wenn sehr verschiedenartige Abstimmungsgegenstände in einem *einigen* Urnengang *kombiniert* werden, dann veranlasst der gute

Kenntnisstand bei den umstrittenen Vorlagen die Stimmbürger offenbar dazu, ihre Stimme selbst zu einer schwer verständlichen Vorlage abzugeben.

Die wichtigsten *Gründe* für die *Befürwortung* oder *Ablehnung* einer Vorlage lernt man am besten kennen, wenn sich die Befragten spontan über die wichtigsten Entscheidungsmotive aussprechen können, und wenn man dann nach der Häufigkeit der Aussagen Motivgruppen bildet. Bei den beiden *Überfremdungsinitiativen* konnten 36% der Befürworter ihre Entscheidung überhaupt nicht oder nur verschwommen begründen. Bei den Gegnern waren es nur 15%. Als häufigstes Motiv für die Bejahung der vierten *Überfremdungsinitiative* erschien die kulturelle Andersartigkeit der Ausländer (34%) und die Sicherung des Arbeitsplatzes (20%). Von kulturellen Beweggründen liessen sich Männer, Vertreter der älteren Generation und der Unterschicht häufiger leiten als Frauen, Angehörige der jungen Generation und der gehobenen Schichten sowie die Romands. Bei der Einbürgerungsinitiative traten die oben genannten Gründe hinter die vermutete Gefahr zusätzlicher Umweltbelastung in den Hintergrund. Bei den Gegnern überwogen in beiden Fällen humanitäre Überlegungen oder dann der Ärger über die Zwängerei (zusammen 66%). Der schlechte Kenntnisstand beim *Staatsvertragsreferendum* spiegelte sich darin wider, dass mehr als 60% der Befürworter die Initiative mehr oder weniger grundlos unterstützten und nur 30% auf die Bereicherung durch zusätzliche Volksrechte verwiesen. Für prozentual ebenso viele war dieser Gesichtspunkt gerade das Hauptmotiv der Ablehnung. Rund die Hälfte der Gegner war freilich um Argumente ebenfalls verlegen.

Die Revue der spontan genannten Motive erweckt zunächst den Eindruck, sie seien bloss Abklatsch der Abstimmungspropaganda. Im übrigen weist die mangelhafte Kenntnis und Ratlosigkeit gleichzeitig darauf hin, wie wenig die Werbung die wirklich benötigte Information vermittelte. Wenn man nachprüft, welche *Autoritäten* und *Bezugsquellen* die Stimmbürger als ausschlaggebend für ihre Meinungsbildung bezeichneten, erscheinen tatsächlich die *Parteien* mit 40% aller Nennungen bei allen vier Vorlagen im Durchschnitt an erster Stelle. Fast annähernd ebenso oft (35%) berief man sich aber auf die behördlichen Empfehlungen. Dass es in der Information Lücken gab, beweisen die unbestimmten und "weiss nicht"-Antworten (38%). Unterscheidet man nach Abstimmungsvorlagen, zeigt sich eine deutliche Tendenz. Bei der umstritteneren *Überfremdungsfrage* wirkten die Parteien in stärkerer Masse meinungsbildend als beim *Staatsvertragsreferendum*. Die Tatsache, dass hier ein behördlicher Gegenvorschlag vorlag, vermochte die Bezugsgruppe der *Bundesbehörden* zu stärken.

Auch wenn man die vorherrschende Argumentierung auf eine Beeinflussung der Stimmbürger durch Parteien und Presse zurückführt, kann man noch zusätzlich prüfen, wie weit jene eine allenfalls befolgte *Parteiparole* auch *wirklich kannten*. Das Muster der Nationalen und Republikaner ist in dieser Hinsicht aufschlussreich. Bei den *Überfremdungsinitiativen* waren diese 95% der Partei-

sympathisanten wirklich bekannt. Von ihnen folgten ihr aber nur 70% (vierte) und 60% (fünfte Überfremdungsinitiative). Das "undisziplinierte" Verhalten ist also darauf zurückzuführen, dass die Anhänger bewusst gegen ihre Parteileitungen Stellung bezogen. Stuft man den Kenntnisstand der Anhänger der grossen Parteien graduell ab, erscheinen diese in folgender Reihenfolge: Freisinnige (80%), SPS (77%), SVP (72%) und CVP (64%). Am diszipliniertesten verhielten sich bei den beiden Überfremdungsinitiativen die Freisinnigen mit einem Anteil von bloss 5 und 6% an Ja-Stimmenden. Die SVP verzeichnete je 11%, die SPS 12% und 17%, die CVP 15% und 20%. Bei der Initiative zum Staatsvertragsreferendum waren die Parolen dieser Parteien um 10-20% weniger bekannt, wurden aber besser befolgt, vor allem weil der behördliche Gegenvorschlag mehr behagte.



